

5. StatistikTage Bamberg|Fürth 2016

Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen

Am 21. und 22. Juli 2016 fanden die 5. StatistikTage Bamberg|Fürth unter dem Titel „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“ statt. Experten aus amtlicher und wissenschaftlicher Statistik sowie Referenten aus angrenzenden Forschungs- und Praxisbereichen informierten Fachwelt und Öffentlichkeit rund um das Thema. Organisiert wurde die Tagung im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern vom Bayerischen Landesamt für Statistik und von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg in Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Programm

Grußworte

- Präsidentin Marion Frisch,
Bayerisches Landesamt für Statistik
- Präsident Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert,
Otto-Friedrich-Universität Bamberg

I. Messung und Ausmaß von Einkommensungleichheit und Armut

- Dr. Markus M. Grabka: *Messung von Einkommensungleichheit und Armut*
- Dr. Jörg Drechsler und Prof. Hans Kiesl: *Armutsquotenberechnung aus gerundeten Einkommensangaben: Probleme und Lösungsmöglichkeiten*
- Christian Globisch und Dr. Christina Wübbeke: *„EU-SILC“ und „EVS“: reichhaltige Daten für die Armutforschung*
- Prof. Mark Trappmann: *PASS – Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“*
- Dr. Kerstin Bruckmeier und Dr. Torsten Lietzmann: *Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutforschung: Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien*
- Dr. Julie Korbmacher: *SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe*

II. Zeitliche und räumliche Betrachtungen

- Jonas Beste und Prof. Mark Trappmann: *Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II*
- Prof. Uwe Blien, Prof. Jan Mutl und Dr. Katja Wolf: *Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau*



III. Altersarmut

- Markus Holler: *Konsum und Teilhabe von Älteren*
- PD Dr. Martin Brussig und Lina Zink: *Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter. Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiografien*

IV. Kausale Beziehungen und Maßnahmen zur Verringerung von Armut

- Dr. Andreas Haupt und Prof. Gerd Nollmann: *Der Anstieg von Armut in Deutschland*
- Prof. Christoph Butterwegge: *Irrwege aus der Armut*
- Jürgen Wiemers: *Bestimmung des Regelbedarfs: Vorgehensweise und methodische Kritik*
- Bernhard Christoph: *Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse*



Statistik Netzwerk Bayern

Permanent wachsende Anforderungen an die Statistik sind ohne intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik nicht erfolgreich zu bewältigen. Das Bayerische Landesamt für Statistik erweitert seine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung und fördert diese durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte. Zu diesem Zweck wurde im Februar 2013 das Statistik Netzwerk Bayern als Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung gegründet.

Mitglieder des Statistik Netzwerks Bayern sind:

- Bayerisches Landesamt für Statistik
- Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
- Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Universität Augsburg
- Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Weitere Netzwerkpartner können werden:

- Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern sowie deren Einrichtungen und Lehrstühle/Professuren
- Forschungseinrichtungen mit Sitz in Bayern, auch soweit sie unselbständige Teile einer juristischen Person des öffentlichen oder des privaten Rechts sind.

Institutionen mit Sitz außerhalb Bayerns können je nach Forschungsinteresse und Projektlage als kooperierende Institutionen in die Arbeit des Statistik Netzwerks Bayern einbezogen werden. Im Gegensatz zu Netzwerkpartnern nehmen sie nicht an der Steuerung des Netzwerks teil. Sie können aber an den Angeboten und Veranstaltungen des Netzwerks teilhaben und werden regelmäßig über dessen Aktivitäten informiert.

Wichtige Veranstaltungen des Statistik Netzwerks Bayern:

Im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern organisierte das Bayerische Landesamt für Statistik gemeinsam mit der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 21. und 22. Juli 2016 zum fünften Mal die StatistikTage Bamberg|Fürth. Das Thema in diesem Jahr lautete „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“. Experten der amtlichen Statistik sowie Wissenschaftler aus dem Bereich der empirischen Armutsforschung präsentieren die Ergebnisse ihrer Arbeiten und stellen sie zur interdisziplinären Diskussion.

Die Themen der vier vorangegangenen StatistikTage Bamberg|Fürth:

- 2012 „Methoden und Potenziale des Zensus 2011“
- 2013 „Ursachen und Folgen des demographischen Wandels“
- 2014 „Regionale Disparitäten: Lebensverhältnisse im Vergleich“
- 2015 „Empirische Bildungsforschung: Datengrundlagen und Ergebnisse“

Kontaktadresse bei Fragen oder Interesse an einer Beteiligung am Netzwerk:

Statistik Netzwerk Bayern
c/o Bayerisches Landesamt für Statistik
81532 München
statistiknetzwerk@statistik.bayern.de



Grußworte der Präsidentin des Bayerischen Landesamts für Statistik, Frau Marion Frisch

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2016. Ich freue mich sehr, dass wir, das Bayerische Landesamt für Statistik und die Universität Bamberg, in diesem Jahr in Kooperation mit dem IAB in Nürnberg nun bereits zum fünften Mal diese Tagung ausrichten. Damit können wir durchaus behaupten, dass die Bamberger StatistikTage inzwischen zu einer kleinen aber feinen, festen Institution gewachsen sind.

In diesem Jahr befinden wir uns allerdings aufgrund von Bauarbeiten in einer neuen Umgebung und zwar der Aula der Universität Bamberg. Ich bin mir aber sicher, dass diese beeindruckenden Räumlichkeiten der Tagung ein besonderes Flair verleihen.

Besonders begrüßen und mich für die Unterstützung bedanken, darf ich Herrn Prof. Ruppert, den Präsidenten der Otto Friedrich Universität Bamberg. Herr Prof. Ruppert wird Ihnen in seiner Ansprache einige interessante Informationen zur Aula

geben. Wir sind schon sehr gespannt, Herr Prof. Ruppert.

Ich möchte mich auch bei den Initiatoren und Organisatoren der StatistikTage Frau Prof. Susanne Rässler und Herrn Dr. Michael Fürnrohr sehr herzlich bedanken. Sie und Ihre zahlreichen Helfer haben auch in diesem Jahr wieder eine perfekt organisierte Tagung mit einem interessanten und spannenden Tagungsprogramm auf die Beine gestellt. Recht herzlichen Dank dafür!

Ebenfalls herzlich begrüßen möchte ich die Referenten, die ihre methodischen Arbeiten und ihre wissenschaftlichen Ergebnisse mit uns teilen und diskutieren wollen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und Engagement an unserer Tagung. Ich bin mir sicher, dass wir heute und morgen spannende Vorträge und ebenso spannende Diskussionen erleben dürfen.

Die StatistikTage Bamberg|Fürth beschäftigen sich in diesem Jahr mit dem Thema „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland“. Ein Thema,

das auch in der amtlichen Statistik eine große Bedeutung hat. Die amtliche Statistik erhebt vielfältige Daten zum Thema Einkommensungleichheit und Armut, die für die Sozialpolitik, die Sozialberichterstattung und die wissenschaftliche Forschung von großer Bedeutung sind. Einen Teil dieser Daten gewinnen wir dabei direkt von den Haushalten selbst im Rahmen von Haushaltsbefragungen. Eine andere wichtige Quelle sind Verwaltungsdaten von Sozialbehörden und Beratungsstellen.

Zu den beiden wichtigsten amtlichen Haushaltsbefragungen, die Daten zum Thema Armut liefern, gehören zweifellos die europäische Erhebung „EU-SILC“, die in Deutschland unter dem Titel „Leben in Europa“ durchgeführt wird und die amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – kurz EVS.

Der hauptsächliche Zweck der EU-SILC ist es, der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten europaweit vergleichbare Daten über Armut, soziale Ausgrenzung und Lebensbedingungen zur Verfügung zu stellen. Zu deren Hauptnutzern gehören Politik, Verwaltung und Verbände, aber auch die Wissenschaft, die diese Daten sehr zahlreich insbesondere für ländervergleichende Studien zu den Lebensbedingungen der Bevölkerung in Europa verwendet.

Die amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – kurz EVS – liefert Informationen zu den materiellen Lebensverhältnissen der Bevölkerung in Deutschland. Unter dem Motto „Wo bleibt mein Geld?“ wurden private Haushalte letztmals 2013 zur Teilnahme an dieser Befragung aufgerufen. Die teilnehmenden Haushalte müssen dabei einiges an gutem Willen mitbringen, schließlich müssen sie drei Monate lang akribisch Buch über ihre Einnahmen und Ausgaben führen. Die daraus entstehenden Daten fließen ein in die Berechnung des Verbraucherpreisindex und in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Außerdem bilden sie die Grundlage, um den Regelsatz für das Arbeitslosengeld II alle fünf Jahre neu festzusetzen.

Zu beiden Statistiken werden Sie Mitarbeiter meines Hauses in einem Vortrag später noch ausführlicher informieren.

Im Sinne einer Vernetzung zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft wünsche ich uns nun, dass in den folgenden Diskussionen neue Ideen für Projekte entstehen. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik ist in der heutigen Zeit ohnehin nicht mehr wegzudenken. Aus diesem Grund haben wir auch im Jahr 2013 das Statistik Netzwerk Bayern ins Leben gerufen, welches stets bemüht ist, Workshops und Veranstaltungen zu aktuellen Themen zu organisieren und damit die Zusammenarbeit zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft zu fördern.

Ich wünsche Ihnen nun viele inspirierende Vorträge, neue Erkenntnisse, anregende Diskussionen und Gespräche. Ich freue mich auf zwei erlebnisreiche Tage in Bamberg und gebe das Wort nun weiter an Herrn Prof. Ruppert.



Grußworte

des Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer!

Es ist mir eine große Freude, Sie zu den fünften StatistikTagen Bamberg|Fürth begrüßen zu dürfen – und es ist mir zugleich eine Ehre, dass ich dies, wie letztes Jahr versprochen, in unserer general-sanierten AULA, einer ehemaligen Dominikanerkirche, tun darf.

Das Thema, das Sie hier zwei Tage lang bearbeiten, ist von großer gesellschaftlicher Relevanz für unsere Zukunft. Deutschland und Europa sind in einem Veränderungsprozess begriffen, dessen Folgen wir heute noch gar nicht absehen können. Die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden mit darüber entscheiden, ob unsere Zukunft friedlich sein kann, denn soziale Ungleichheit ist einer der Hauptgründe für sozialen Unfrieden. Es ist nicht unsere Aufgabe, Politik zu betreiben, aber es liegt in unserer Verantwortung, der Politik gute und valide Zahlen zur Verfügung zu stellen, damit sie Armut bekämpfen und geeignete Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung entwickeln kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine ertragreiche Tagung „Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland: Messung, Befunde und Maßnahmen“ und viele anregende Gespräche an diesem außergewöhnlichen Ort.



Eine (fast) weiße Welt – die AULA der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Weiß ist die Welt der Universitätsveranstaltungen in Bamberg seit kurzem: Die 3-stufige Generalsanierung der ehemaligen Dominikanerkirche mit neuer Innenraumgestaltung ist ein Plädoyer für die Ausdrucks- und Wirkungsformen dieser Farbe.

„Weiß ist das tragende gestalterische Element in Hauptraum, Chor und Seitenschiffen und sorgt hier für einen notwendigen Kontrast, aber auch für Einklang und Ausgewogenheit zu und zwischen den restaurierten Wandmalereien und den neu eingesetzten Langfenstern“, erläutert Universitätspräsident Prof. Dr. Dr. habil. Godehard Ruppert die Sanierungsmaßnahme, die vom Landesamt für Denkmalpflege begleitet wurde. Die Öffentlichkeit konnte sich am 9. November 2015 beim Dies Academicus erstmals von der Wirkung der rund 9 Millionen Euro teuren Generalsanierung überzeugen. Die ehemalige Dominikanerkirche, die vor 16 Jahren in die Verwaltung der Universität überging, kann nun wieder als Tagungs- und Vortragsraum, als Konzertsaal oder auch als Prüfungsraum dienen.



Auf eine Nutzungsart ist Godehard Ruppert besonders stolz. „Viele traditionsreiche Universitäten im Ausland besitzen eine Assembly Hall, also einen Festsaal für akademische Ehrungen und Feierlichkeiten, die der Bedeutung der Universität als Ort akkumulierten Wissens angemessen Ausdruck verleiht“, erläutert der Präsident. „Mit unserer AULA holen wir diesen Ort, den es bislang hierzulande noch nicht gibt, nach Deutschland.“

Es ist ein großes Plus der Universität, dass sie die ehemalige Dominikanerkirche nicht nur nutzt, sondern auch aus eigener Kraft erforscht und instand zu halten hilft: Seit 2002 arbeiten Studierende und Lehrende an der Professur für Restaurierungswissenschaften in der Baudenkmalpflege daran, die über 600 Jahre Nutzungs- und Malereigeschichte, die sich in den Fresken verbirgt, zu sichten und zu konservieren.

AULA vereint Tradition und Moderne

Die AULA ist also mehr als ein multifunktional nutzbarer Veranstaltungsraum. In ihr manifestiert sich das Selbstverständnis der Universität Bamberg, Gegensätze zu vereinen, Altes und Neues, Traditionelles und Moderne. Der Farbe Weiß ist es zu verdanken, dass dieses prägende Identitätsmerkmal nicht nur im Nutzungskonzept, sondern auch in der Raumgestaltung abgebildet wird. Denn nur durch ihre Helligkeit können die alten Elemente der denkmalgeschützten Bausubstanz wie Vertiefungen oder Erhebungen sichtbar zur Geltung kommen.



Ein weiterer Gegensatz wird in den 8,5 Meter hohen, natürlich weißen Cella-Wänden harmonisiert, die neben der Farbgebung, den Wandmalereien, den Langfenstern und der komplett unterirdisch verlegten Haustechnik zu den augenscheinlichsten Besonderheiten der neuen Innenraumgestaltung gehören. Die jeweils 3,5 bis 4 Tonnen schweren Cella-Wände sind eine bewegliche Abtrennvorrichtung, die den ehemaligen Kirchenraum neu erleben lässt und die Raumakustik positiv beeinflusst.

Langfenster als weitere gestalterische Besonderheit

Auch der Dachstuhl genießt die besondere Aufmerksamkeit von Denkmalpflegern und Restauratoren. Er soll in Form eines Lehrpfads der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Stabilisierungs- und Eindeckungsmaßnahmen des Dachstuhls sind Teil der II. Sanierungsstufe, zu der auch die Erneuerung der Langfenster gehört. Sie gingen aus einem Künstlerwettbewerb hervor, den Günter Grohs gewann, und sind nicht-gegenständlich, sondern mit einer geometrisch-linearen Struktur gestaltet.

Durch die bunten Ornamente der insgesamt drei Glasebenen eines jeden Fensters und deren Abstand zueinander entsteht eine optisch-farbige Vielfalt, die sich je nach Standort und Blickwinkel im Raum unterschiedlich zeigt. Im Zusammenspiel mit der weißen Wandfarbe entsteht so keine sakrale Stimmung, sondern eine feierliche Atmosphäre. Sie gibt einen Hinweis darauf, wie eine harmonische Verbindung mehr sein kann als die Summe ihre Einzelteile. Nicht nur im Selbstverständnis der Universität Bamberg. Auch bei der Farbe Weiß.

Text und Bilder: Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg im Überblick

Die Otto-Friedrich-Universität Bamberg wurde bereits im Jahre 1647 gegründet und ist Studienstätte für derzeit insgesamt 13 378 Studierende (Erst- und Neueinschreibungen: 2 897). Der Anteil weiblicher Studierender beträgt fast 62% (8 286), der Anteil ausländischer Studierender rund 8% (1 068).* Das aktuelle Studienangebot umfasst 28 Bachelor- und 55 Masterstudiengänge sowie Studiengänge der Lehramter – von der Grundschule bis zum Gymnasium.

Den Namen „Otto-Friedrich“ trägt die Universität Bamberg seit 1988. Die Namensgebung erfolgte zu Ehren des Universitätsgründers Fürstbischof Melchior OTTO Voit von Salzburg und des späteren Stiftervaters Fürstbischof FRIEDRICH Karl von Schönborn.

Die Universität hat aktuell vier Fakultäten: „Geistes- und Kulturwissenschaften“, „Humanwissenschaften“, „Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik“ sowie „Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“ mit dem Lehrstuhl „Statistik und Ökonometrie“, dem Bindeglied zum „Statistik Netzwerk Bayern“ und zu den „StatistikTagen Bamberg|Fürth“.

* Wintersemester 2015/16.

Quellen: Otto-Friedrich-Universität Bamberg
www.uni-bamberg.de



Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung stellt sich vor

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erforscht den Arbeitsmarkt, um politische Akteure auf allen Ebenen kompetent zu beraten. Ökonomen, Soziologen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiterer sozialwissenschaftlich und methodisch ausgerichteter Disziplinen schaffen durch exzellente, national wie international vernetzte Forschung die Basis für eine empirisch informierte Arbeitsmarktpolitik.

Damit tragen wir im Rahmen unseres gesetzlichen Auftrags zu einem besseren Verständnis der Funktionsweise des Arbeitsmarkts, der Erwerbschancen und der Lebensbedingungen in einer sich dynamisch verändernden Welt bei. Forschungs- und Publikationsfreiheit garantieren, dass unabhängiger und damit auch kritischer Rat erteilt werden kann.

Unser Institut wurde 1967 als Forschungseinrichtung der damaligen Bundesanstalt für Arbeit gegründet und ist seit 2004 eine besondere Dienststelle der Bundesagentur für Arbeit (BA). Das IAB hat seinen Sitz in Nürnberg. Durch unser Regionales Forschungsnetz sind wir zudem bundesweit an zehn Standorten präsent.

Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
www.iab.de/de/ueberblick.aspx

Messung von Einkommensungleichheit und Armut

Dr. Markus M. Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung



Dr. Markus M. Grabka

Zur Person:

Studium der Soziologie und Informatik an der TU Berlin, Promotion zum Dr. p.h. im Rahmen eines DFG-finanzierten Graduiertenkollegs an der TU Berlin. Seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin in der Abteilung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Zu seinen Aufgaben zählt die regelmäßige Berichterstattung zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die OECD. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Gutachtergremium der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung und der Gesundheitsökonomie.

Abstract:

Der Vortrag hat zum Ziel, grundlegende Probleme der Messung von Einkommensungleichheit und relativem Armutsrisiko zu thematisieren. Hierbei werden unter anderem folgende Aspekte angesprochen, wie die Frage, was ist eine geeignete Datengrundlage zur Messung von Einkommensungleichheit und relativem Armutsrisiko? Wo liegen die Vor- bzw. Nachteile von Querschnitts- gegenüber Paneldaten? Welche Stichprobenverfahren sind zu präferieren? Sollte ein Oversampling bestimmter Teilgruppen der Bevölkerung gewählt

werden? Welcher Interviewmode ist geeignet? Was ist die Analysepopulation und welche Auswirkung hat dies auf die Analyseergebnisse? Welche Messfehler können auftreten (zum Beispiel Item-, Units auch partial Unit-Non-response) und wie sollte damit umgegangen werden? Welcher Referenzzeitpunkt bzw. welche Referenzperiode ist zu wählen (Monat, Jahr, Permanentes Einkommen)? Wie ist das zugrundeliegende Einkommenskonzept definiert (Empfehlungen der Canberra Group)? Wie werden nicht-monetäre Einkommenskomponenten berücksichtigt? Wie wirkt sich die Wahl der Bedarfsgewichtung auf die Analyseergebnisse aus? Wie sollten Ergebnisse präsentiert werden? Was sind geeignete Indikatoren zur Beschreibung von Einkommensungleichheit (Gini, Entropie-Maße, CV, Perzentils-Ratios, Dezile)? Welche alternativen Konzepte sind geeignet „Armut“ in einem Land zu beschreiben?

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Messung von Einkommens-
ungleichheit und Armut“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
grabka_einkommensungleich-
heit_und_armut.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/grabka_einkommensungleichheit_und_armut.pdf)



1 Definition von Armut

Was ist „Armut“?

„Armut“ ist ein Zustand gravierender sozialer Benachteiligung mit der Folge einer Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen

Konzepte von „Armut“:

- 1) Absolute Armut
- 2) Bekämpfte Armut
- 3) Relative Armut

3



2 Datengrundlage

Qualitativ hochwertige bevölkerungsrepräsentative Mikrodaten

- Registerdaten für die Gesamtbevölkerung nicht vorhanden
- Steuerstatistik: nicht repräsentativ, da konditional auf die Steuererklärung
- Surveydaten:
 - Amtliche Statistik: EVS (alle 5 Jahre), EU-SILC, Mikrozensus, PASS, (SIAB)
 - Nicht-Amtliche Statistik: PHF (nur Brutto), SHARE (nur 55+), SOEP
- Generelle Einschränkung: Bevölkerung in privaten Haushalten (exklusive institutionalisierte Haushalte)
- Stichprobenziehung: Zufallsstichprobe mit Oversampling von schwer befragbaren Teilgruppen der Bevölkerung?

11



8 Fazit

- Analysen zur relativen „Einkommensarmut“ basieren auf Stichproben die eine Schätzungenauigkeit aufweisen. Im Falle des SOEP beträgt der Unsicherheitsbereich rund 1 -1,6 PP.
- Bei Verwendung unterschiedlicher Annahmen können auch bei der selben Stichprobe nennenswerte Ergebnisunterschiede auftreten (hier 6,2%-15,1%)
- Auch für weitere Charakteristika (z.B. Alter) kann die Aussage der Ergebnisse aufgrund unterschiedlicher Definitionen substantiell variieren.
- Messfehler und deren Korrektur können die Variabilität weiter erhöhen
- Fundierte Aussagen über „absolute Armut“ derzeit faktisch nicht möglich
- Alternativen: materielle Deprivation (Fragebogen im SOEP harmonisiert)

36



Armutsquotenberechnung aus gerundeten Einkommensangaben: Probleme und Lösungsmöglichkeiten

Dr. Jörg Drechsler, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Prof. Hans Kiesel, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg



Prof. Hans Kiesel (Vortragender)

Zu den Personen:

Jörg Drechsler ist seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg und seit 2015 Adjunct Assistant Professor im „Joint Program in Survey Methodology“ an der University of Maryland, USA. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und wurde 2009 von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg promoviert. Im Jahr 2015 habilitierte er sich im Fach Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsinteressen umfassen: Vertraulichkeit von Daten (data confidentiality), multiple Imputation und Datenverknüpfung (record linkage).

Hans Kiesel, Studium der Mathematik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, Promotion in Statistik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, danach Beschäftigungen beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg; seit 2010 Professor für Mathematik mit Schwerpunkt Statistik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (Forschungsinteressen: Stichproben- und Gewichtungungsverfahren, statistisches Matching).

Abstract:

Bei der Berechnung von Armuts- oder Ungleichheitsmaßen aus Befragungsdaten gibt es unter-

schiedliche methodische Probleme: Befragte verweigern die Antwort (fehlende Daten), antworten bewusst oder unbewusst nicht korrekt (Messfehler) oder geben ihr Einkommen nicht exakt, sondern nur über eine Intervallangabe preis (letzteres kann auch – wie im Mikrozensus – durch den Fragebogen bedingt sein).

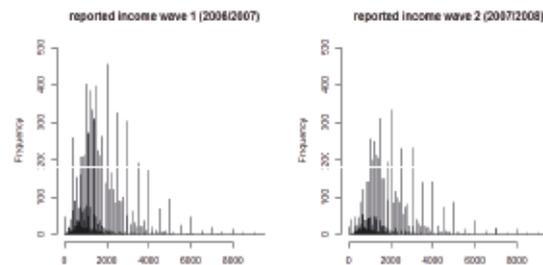
Wie haben uns in unserer Untersuchung auf einen bisher in der Literatur eher vernachlässigten Aspekt konzentriert, nämlich das so genannte „Heaping“, d. h. das Runden auf „glatte“ (z. B. durch 100 oder 500 teilbare) Werte. Berechnet man mit den so gerundeten Werten Armutsquoten, sind die Ergebnisse verzerrt. Wir schlagen daher vor, die gerundeten Angaben durch eine mehrfache Imputation zu „entrunden“ und Armutsquoten mit den imputierten Daten zu berechnen, um einer Verzerrung der Schätzung entgegenzuwirken. Weil man Einkommensangaben nicht ansieht, wie stark sie tatsächlich gerundet wurden, ist eine gemeinsame Modellierung der Einkommensverteilung und des Rundungsmechanismus nötig. Unproblematisch ist dann die gleichzeitige Behandlung (über ein bayesianisches Imputationsverfahren) von gerundeten Angaben, Intervallangaben und fehlenden Werten. Wir stellen in diesem Vortrag unser Verfahren vor und zeigen am Beispiel der Erhebung „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS)“, dass sich die geschätzte Armutsquote mit gerundeten bzw. „entrundeten“ Daten durchaus stark unterscheiden kann.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Armutsquotenberechnung aus
gerundeten Einkommensangaben:
Probleme und Lösungsmöglichkeiten“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
drechsler+kiesl_armutsquoten-
berechnung.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/drechsler+kiesl_armutsquotenberechnung.pdf)



Panelerhebung PASS (Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung)



Heaping tritt in vielen Anwendungen auf:

- Alter von Kleinkindern (Heitjan und Rubin 1990)
- Zigarettenkonsum (Wang und Heitjan 2008)
- Arbeitslosigkeitsdauer (Wolff und Augustin 2003, van der Laan und Kuijvenhoven 2011)
- Blutdruck (de Lusignan et al. 2004)
- Anzahl der Sexualpartner (Roberts und Brewer 2001)



Zusammenfassung

- Nonresponse und Rundung bei Einkommensangaben können zu Verzerrungen führen
- Imputation kann helfen, Verzerrungen zu vermeiden
- beliebige Analysen nach Imputation möglich
- Modellannahmen müssen sorgfältig überprüft werden
- Rundung unter Umständen nicht der einzige Messfehler
- andere Arten von Messfehlern werden (bisher) nicht korrigiert

„EU-SILC“ und „EVS“: reichhaltige Daten für die Armutforschung

Christian Globisch und Dr. Christina Wübbecke, Bayerisches Landesamt für Statistik



Christian Globisch



Dr. Christina Wübbecke

Zu den Personen:

Christian Globisch hat nach seinem Abschluss als Diplom-Kaufmann an der Universität Erlangen-Nürnberg im Jahre 2008 als Referent im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in München angefangen und war fünf Jahre lang für die Durchführung des Zensus 2011 in Bayern zuständig. Im Anschluss widmete er sich als Referent der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013. Seit 1. Januar 2015 leitet er im Bayerischen Landesamt für Statistik das Sachgebiet 45 „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“

Christina Wübbecke arbeitete nach ihrem Abschluss als Diplom-Sozialwirtin zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für empirische Soziologie (IfeS) in Nürnberg. 2004 promovierte sie. Von 2004 bis 2015 war sie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) überwiegend im Forschungsbereich „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte lagen auf den Arbeitsmarktperspektiven Älterer und auf Fragen der Alterssicherung. Seit 2015 arbeitet sie als Referentin im Bayerischen Landesamt für Statistik im Sachgebiet 45 „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“.

Abstract:

Eine besondere Stärke der beiden amtlichen Erhebungen „EU-SILC“ und „EVS“ besteht darin, dass sie Armutsanalysen über den Aspekt der Einkommensarmut hinaus ermöglichen. Dabei bilden beide Befragungen jeweils unterschiedliche Facetten der Armut ab und unterscheiden sich auch in Design und Methoden deutlich voneinander:

EU-SILC – die „European Union Statistics on Income and Living Conditions“

- erlaubt einen multidimensionalen Ansatz der Armutsmessung. Erfasst sind:
 - Einkommen (sehr detailliert),
 - materielle Deprivation,
 - Wohnsituation und Wohnumgebung,
 - Gesundheit und Zugang zum Gesundheitswesen,
 - Bildung und
 - Arbeitsmarktteilnahme.
- bildet eine wichtige Grundlage für die Sozialberichterstattung und für sozialpolitische Entscheidungen auf nationaler und EU-Ebene.
- dient insbesondere der Überprüfung des Fortschritts der EU-Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung (ein Kernziel der Europa-2020-Strategie).
- wird in Deutschland als jährliche (rotierende) Panelbefragung privater Haushalte durchgeführt.
- basiert auf einer Netto-Zufallsstichprobe von rund 13 000 freiwillig teilnehmenden Haushalten in Deutschland.

Die EVS – die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“

- ist die wichtigste Datenquelle für Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland.
- erlaubt sowohl eine direkte als auch eine indirekte Messung der materiellen Armut.
- bildet die Basis für die Berechnung des Regelbedarfs in der Grundsicherung und für die Ermitt-

lung des Wägungsschemas des Verbraucherpreisindex.

- wird in Deutschland alle fünf Jahre als Querschnitterhebung durchgeführt
- verlangt von den freiwillig teilnehmenden Haushalten u. a., ihre Einnahmen und Ausgaben über ein Quartal hinweg detailliert in einem Haushaltsbuch festzuhalten.
- basiert auf einer Netto-Quotenstichprobe von rund 60 000 Haushalten in Deutschland und ist damit die größte Erhebung dieser Art innerhalb der EU.

Beide Datensätze stehen der Wissenschaft über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „EU-SILC und EVS: reichhaltige Daten für die Armutforschung“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/globisch+wübbeke_eu-silc+evs.pdf



Bayerisches Landesamt für Statistik 

EU-SILC: Analysepotenziale für die Armutforschung

- ▶ EU-SILC: "European Union Statistics on Income and Living Conditions"
- ▶ **Primärer Zweck der Erhebung: Erfassung von Armut**
 - Ziel: EU-weit harmonisierte Daten zu Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union (EU)
 - Zur Überprüfung des Fortschritts der EU-Staaten bei der Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung ("Europa 2020"-Strategie)
 - Künftig von Bedeutung für die Verteilung der Mittel aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds)
 - Förderperiode 2014-2020: Zuweisung von 27,5 Mrd. € an Deutschland
 - Wichtige Datenquelle auch der nationalen Sozialberichterstattung

3

Bayerisches Landesamt für Statistik 

EVS: Analysepotenziale für die Armutforschung

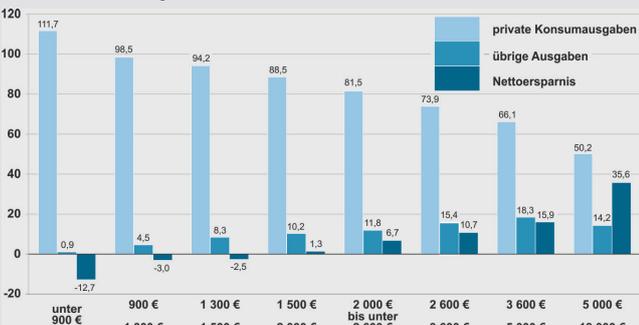
- ▶ EVS: "Einkommens- und Verbrauchsstichprobe"
- ▶ **Wichtigste Datenquelle für Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland**
 - **Kernstück "Haushaltsbuch"**
 - Haushalte führen ein Quartal lang detailliert Buch über ihre Einnahmen und Ausgaben.
 - Zusätzliche Erhebungsteile umfassen:
 - Wohnsituation
 - Ausstattung des Haushalts mit langlebigen Gebrauchsgütern
 - Vermögen und Schulden
 - Käufe von Nahrungsmitteln, Getränke und Tabakwaren im Detail

14

Bayerisches Landesamt für Statistik 

EVS: Ausgewählte Inhalte

Einkommensverwendung Alleinlebender in Deutschland 2013 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens



Monatliches Haushaltsnettoeinkommen	private Konsumausgaben	übrige Ausgaben	Nettoersparnis
unter 900 €	111,7	0,9	-12,7
900 € bis 1 300 €	98,5	4,5	-3,0
1 300 € bis 1 500 €	94,2	8,3	-2,5
1 500 € bis 2 000 €	88,5	10,2	1,3
2 000 € bis 2 600 €	81,5	11,8	6,7
2 600 € bis 3 600 €	73,9	15,4	10,7
3 600 € bis 5 000 €	66,1	18,3	15,9
5 000 € bis 18 000 €	50,2	14,2	35,6

Quelle: „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ (EVS) 2013

19

PASS – Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“

Prof. Mark Trappmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Prof. Mark Trappmann

Zur Person:

Mark Trappmann, Prof. Dr., leitet seit 2007 den Forschungsbereich „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ und die gleichnamige Längsschnitterhebung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zudem ist er seit 2012 Professor für Soziologie, insbesondere Survey-Methodologie, an der Universität Bamberg.

Abstract:

Mit dem „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) baut das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen neuen Datensatz für die Arbeitsmarkt-, Sozialstaats- und Armutsforschung in Deutschland auf, der eine neue empirische Grundlage für Wissenschaft und Politikberatung schafft. Die Studie ist im Rahmen der SGB-II-Forschung am IAB angesiedelt, deren gesetzlicher Auftrag es ist, die Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts des SGB II zu untersuchen. Sie erlaubt jedoch aufgrund des komplexen Stichprobendesigns auch die Beantwortung von Fragen, die über diesen Rahmen weit hinausgehen. Durch seine hohen Fallzahlen und die jährliche Periodizität ist PASS eine neue zentrale Quelle für die Untersuchung des Arbeitsmarkts, der Armut und der Situation von SGB-II-Leistungsempfängern in Deutschland. Zentrale Fragestellungen, die mit dem Panel beantwortet werden können sind:

- Welche Wege führen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II?
- Wie verändert sich die soziale und wirtschaftliche Lage der Haushalte im Leistungsbezug?
- Wie entwickeln sich Bewältigungsprozesse und Handlungsorientierungen betroffener Personen?
- Wie gestalten sich Kontakte zu den Trägern der Grundsicherung und wie sieht die institutionelle Handlungspraxis aus?

Aber auch über den Kernbereich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hinaus bietet das PASS ein breites Fragenspektrum, das z. B. auch zahlreiche soziodemographische Merkmale oder subjektive Indikatoren (wie Zufriedenheit, Ängste und Sorgen, Erwerbsorientierung) beinhaltet.

Darüber hinaus steht PASS als eine mit administrativen Daten verknüpfte Version zur Verfügung: PASS-ADIAB. Damit können die Befragungsdaten gemeinsam mit den für die PASS-Teilnehmer verfügbaren administrativen Daten analysiert werden. Beide Datensätze sind für externe Wissenschaftler über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugänglich.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„PASS – Panel „Arbeitsmarkt
und soziale Sicherung““.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
trappmann_pass.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/trappmann_pass.pdf)



Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
 IAB

Hintergrund

- Hartz-Reformen, 4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz-IV“), Sozialgesetzbuch zweites Buch (SGB II), seit Januar 2005 in Kraft
- Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II)
- IAB hat gesetzlichen Auftrag zur Wirkungsforschung (§55 SGB II)
- PASS wurde als Teil dieser Forschung ab 2006 aufgebaut
- Anspruch: Zwar auf spezifische gesetzliche Lage fokussieren, aber Einbettung in breiteren Kontext der Arbeitsmarkt-, Sozialstaats- und Armutsforschung

3

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
 IAB

Studiendesign

- Fokussierung auf Dynamik: Jährliche Befragung von Haushalten seit 2007 (derzeit 10. Welle im Feld)
- Bedarfsgemeinschafts- bzw. Haushaltskontext: In jedem Haushalt Interviews mit allen Personen ab 15 Jahren
- Ausreichende Fallzahlen für Analyse von Subgruppen (Aufstocker, U25, Alleinerziehende, Migranten)
- Mixed-Mode Befragung (CAPI/CATI)
- Erhebungsinstrumente: Deutsch, Russisch, Türkisch (bis W9) und Arabisch (ab W10)
- Verknüpfung mit administrativen Daten des IAB
- Grundgesamtheit der Studie nicht allein auf ALG II Leistungsempfänger beschränkt, auch Stichprobe der Wohnbevölkerung

9

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
 IAB

Verfügbare Daten

- Befragungsdaten als Scientific Use File (SUF) für Nutzer an nicht-kommerziellen Forschungseinrichtungen verfügbar (faktisch anonymisiert)
 - Derzeit Welle 8 (2014) verfügbar
 - Welle 9 erscheint voraussichtlich im November
- PASSadIAB: Datenzugang über Gastaufenthalte im FDZ und anschließende Datenfernverarbeitung
 - Verknüpfung mit administrativen Daten der BA: Variablenkranz des SIAB (Erwerbshistorien, Betriebsinformationen, Leistungsbezug)
 - Derzeit bis Welle 8 (2014) verfügbar
 - administrative Daten umfassen Zeitraum 1975-2014
 - Standorte Nürnberg, Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Mannheim, Hannover, Ann Arbor, Cornell, Berkeley, Los Angeles, University of Essex, Harvard, Princeton

17

Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutsforschung: Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien

Dr. Kerstin Bruckmeier und Dr. Torsten Lietzmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Dr. Torsten Lietzmann (Vortragender)

Zu den Personen:

Kerstin Bruckmeier studierte von 1998 bis 2004 Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Von 2004 bis 2014 war sie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) als wissenschaftliche Mitarbeiterin beschäftigt. Zwischen 2012 und 2015 war sie zudem als Post-Doc am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) tätig, wo sie 2012 ihre Promotion abschloss. Seit 2015 leitet sie die Forschungsgruppe Dynamik in der Grundsicherung am IAB. Zu ihren Forschungsthemen gehören Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Bewegungen im Sozialleistungsbezug sowie Anreiz- und Verteilungswirkungen sozialrechtlicher Regelungen.

Torsten Lietzmann studierte von 1998 bis 2004 Soziologie mit Schwerpunkt empirische Sozialforschung an der Universität Bamberg und war anschließend bis 2008 bei TNS Emnid (Bielefeld) in der Marktforschung tätig. Seit Mai 2008 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAB in der Forschungsgruppe „Dynamik in der Grundsicherung“. Er schloss im Jahr 2014 seine Promotion an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ab. Seine Forschungsschwerpunkte sind die dynamische Armuts- und Leistungsbezugsforschung sowie geschlechtsspezifische Muster von Leistungsbezug und Erwerbstätigkeit.

Abstract:

Mit der Umsetzung des vierten Bausteins der umfassendsten Arbeitsmarktreformen der letzten Jahrzehnte in Deutschland, der sog. Hartz-IV-Reform, im Jahr 2005 hat sich das soziale Sicherungssystem in Deutschland grundlegend gewandelt. Durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zur bedarfsgeprüften Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II wurde der Übergang von einem drei- zu einem zweigliedrigen sozialen Sicherungssystem besiegelt. Neben den aktivierenden Elementen v. a. aus dem Bereich der Arbeitsförderung ist das neue Mindestsicherungssystem das zentrale Element in der staatlich organisierten Armutsbekämpfung. Die passiven Leistungen der Grundsicherung sollen ein Leben unterhalb des gesetzlich definierten soziokulturellen Existenzminimums verhindern. Seit seiner Einführung im Jahr 2005 unterstützte die Grundsicherung über 16 Millionen Menschen.

Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhielt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den gesetzlichen Auftrag, dessen Wirkungen regelmäßig und zeitnah zu untersuchen. Eine der zentralen Herausforderungen für das neue Forschungsfeld war der Aufbau von Datensätzen aus den Verwaltungsdaten zum Leistungsbezug mit dem Ziel eine geeignete Datenbasis für die wissenschaftliche Sozialleistungs-forschung zu erschaffen. Mittlerweile stehen erstmalig in Deutschland umfangreiche Individualdaten aus der amtlichen Sozialverwaltung als Längsschnittdaten zur Erforschung der Dauer von Grundsicherungsleistungen zur Verfügung. Das IAB plant diese Daten externen Forscherinnen und Forschern über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im IAB unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Normen zugänglich zu machen. Dazu wurden am IAB die Integrierten Grundsicherungsbiografien entwickelt. Die Integrierten Grundsicherungsbiografien SGB II bestehen aus Daten zum Leistungsbezug nach SGB II von Personen und ihren Haushalten. Zusätzlich werden

personenbezogene Informationen zu Erwerbstätigkeit, Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Arbeitsuche und Arbeitslosengeld-I-Bezug aus anderen IAB-Datenprodukten hinzugespielt. Die Daten werden als 10%-Stichprobe der historisierten Daten zu Leistungsbeziehern und ihren Haushalten für die Forschung bereitgestellt. Für die Armuts- und Leistungsbezugsforschung zeichnet sich der Datensatz durch hohe Fallzahlen sowie umfassende und genaue Informationen zu Haushaltskontext, Leistungsbezug, Erwerbstätigkeit und Maßnahmenteilnahme in einer Verlaufsperspektive aus. In diesem Beitrag wird nach einer Übersicht über die Datengrundlage und die Zugangsmöglichkeiten das Analysepotential beispielhaft anhand einiger ausgewählter Fragestellungen aufgezeigt.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutsforschung: Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/bruckmeier_lietzmann.pdf

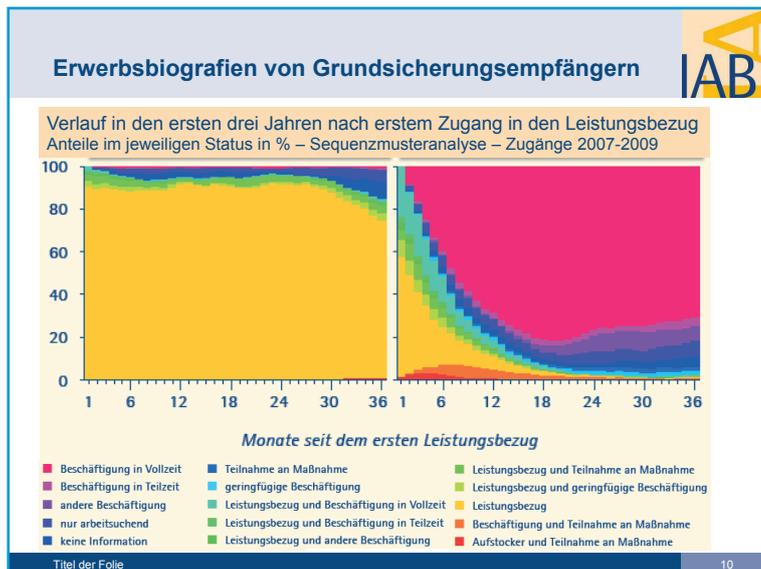


Grundsicherung für Arbeitsuchende

- Mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II werden erwerbsfähige Hilfebedürftigen und ihren Familien unterstützt, wenn sie das gesetzlich festgelegte Existenzminimum nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können.
- In den ersten zehn Jahren seit Einführung der Grundsicherung bis Ende 2014 empfingen insgesamt 16,65 Millionen Personen zumindest zeitweilig Leistungen.
- 2014 waren im Jahresdurchschnitt ca. 6,1 Mio. Personen – etwa 9,5 Prozent der Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze – im Leistungsbezug.
- Bedeutendste Leistung innerhalb der bedarfsgeprüften Sozialleistungen.
- Amtliche Daten zur Grundsicherung bilden einen Teil des Niedrigeinkommensbereichs in Deutschland und der dahinterliegenden Strukturen und Prozesse ab.

Abgrenzung zu anderen Datenprodukten

Prozessdaten	Integrierte Grundsicherungsbiografien
Vorteile gegenüber Befragungsdaten (SOEP, PASS) <ul style="list-style-type: none"> ■ höhere Fallzahlen ■ präzisere Zeitrauminformationen ■ keine Non-Response-Ausfälle ■ keine Panel-Attrition Generelle Einschränkungen <ul style="list-style-type: none"> ■ abhängig von administrativen Erfassungs- und Übertragungssystemen ■ Eingeschränktes Merkmalspektrum ■ Lieferausfälle einzelner Grundsicherungsträger 	Abgrenzung zu anderen IAB-Prozessdaten <ul style="list-style-type: none"> ■ im Gegensatz zu den Integrierten Erwerbsbiografien (IEB): <ul style="list-style-type: none"> - alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft enthalten - liefert detaillierte Informationen zum Haushaltskontext ■ im Gegensatz zur Leistungshistorik Grundsicherung (LHG): <ul style="list-style-type: none"> - Verknüpfung mit Informationen zu Erwerbstätigkeit, Maßnahmenteilnahme und Arbeitsuche - Bereitstellung für externe Forscher/innen



SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe

Dr. Julie Korbmacher, Munich Center for the Economics of Aging,
Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik



Dr. Julie Korbmacher

Zur Person:

Julie Korbmacher arbeitet seit 2008 für die zentrale Koordination des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), erst am Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel und seit 2011 am Munich Center for the Economics of Aging (MEA) des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik. Seit Oktober 2014 leitet sie die Abteilung 'SHARE Research Projects', welche verschiedene Zusatzprojekte wie die Verknüpfung der Umfragedaten mit administrativen Daten oder die Erhebung biometrischer Daten des SHARE koordiniert. Ihr Forschungsinteresse liegt hauptsächlich in methodologischen Fragestellungen, zum Beispiel zu Interviewer-Effekten und Datenqualität. Dabei steht der Einfluss der Interviewer auf die Entscheidung der Zielpersonen, an der Befragung bzw. bestimmten Zusatzprojekten innerhalb der Befragung teilzunehmen, im Vordergrund. Ihr Studium der Sozialwissenschaften absolvierte sie 2008 an der Universität Mannheim. 2014 beendete sie ihre Promotion im Fach Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Abstract:

Der Beitrag stellt den Datensatz SHARE vor und zeigt dessen Potential zur Messung von Armut und Einkommensungleichheit auf. Der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) ist eine multidisziplinäre Längsschnitt-

studie zur Erforschung sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Lagen alternder Menschen in Europa. Er wurde erstmals 2004 als repräsentative Befragung der Bevölkerung in der Altersgruppe 50plus in 11 europäischen Ländern erhoben. Mittlerweile stehen Daten aus 20 europäischen Ländern und Israel zur Verfügung und es wurden rund 123 000 Menschen in mehr als 293 000 Interviews befragt. Die aufbereiteten Daten und deren Dokumentation stehen weltweit allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kostenfrei zur Verfügung. SHARE ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Pfeiler des Europäischen Forschungsraums geworden.

Von besonderer Bedeutung für die Erforschung von Einkommensungleichheit und Armut stellt das Projekt SHARE-RV dar, welches die Umfragedaten der deutschen Teilstichprobe mit ausgewählten administrativen Daten der Deutschen Rentenversicherung direkt verknüpft. Durch diese Verknüpfung entsteht ein umfassender Datensatz, der zusätzlich zu den sehr detaillierten Umfragedaten auch amtliche Prozessdaten derselben Person enthält. Diese Prozessdaten sind besonders interessant für die Messung von Armutsrisiken, da sie die komplette Erwerbshistorie der Befragten monatsgenau abbilden. Durch die Verknüpfung mit SHARE, können diese detaillierten Informationen im Haushaltskontext betrachtet und um wichtige biographische Lebensereignisse erweitert werden.

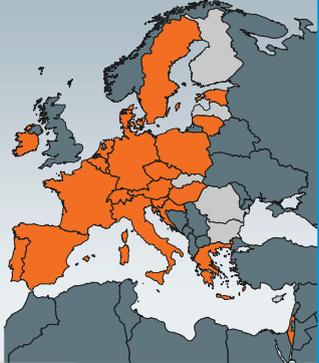
Ausgewählte Folien zum Vortrag „SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/korbmacher_share.pdf



Die Umfrage

- Länderübergreifend: 20 Europäische Länder + Israel
- Multidisziplinär
- Panelstudie: Befragung alle 2 Jahre (seit 2004)
- Personen über 50 Jahre + Partner im gleichen Haushalt
- Bisher 5 Wellen verfügbar
 - 4 prospektiv:
 - 1 retrospektiv (SHARELIFE)

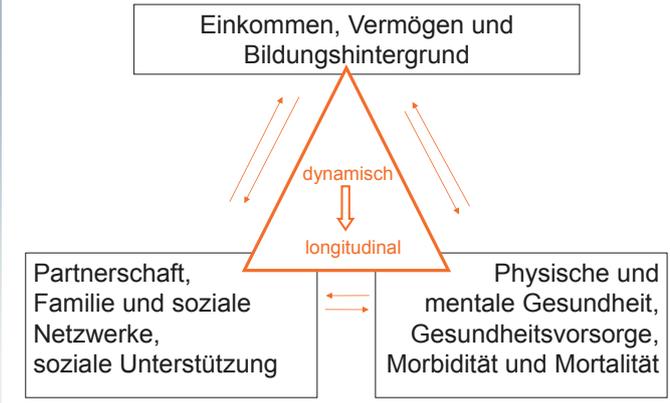


SHARE
SURVEY OF HEALTH, AGEING AND RETIREMENT IN EUROPE

mea | MAX PLANCK INSTITUTE FOR SOCIAL LAW AND SOCIAL POLICY
Munich Center For The Economics Of Aging

3

Das ganze Bild des Alterns erfassen



Einkommen, Vermögen und Bildungshintergrund

dynamisch
longitudinal

Partnerschaft, Familie und soziale Netzwerke, soziale Unterstützung

Physische und mentale Gesundheit, Gesundheitsvorsorge, Morbidität und Mortalität

SHARE
SURVEY OF HEALTH, AGEING AND RETIREMENT IN EUROPE

mea | MAX PLANCK INSTITUTE FOR SOCIAL LAW AND SOCIAL POLICY
Munich Center For The Economics Of Aging

4

Datenzugang

Alle Daten sind für Wissenschaftler frei zugänglich:

- SHARE: www.share-eric.eu
- SHARE-RV: <http://www.share-eric.eu/data-access-documentation/record-linkage-share-rv.html>

SHARE
SURVEY OF HEALTH, AGEING AND RETIREMENT IN EUROPE

mea | MAX PLANCK INSTITUTE FOR SOCIAL LAW AND SOCIAL POLICY
Munich Center For The Economics Of Aging

18

Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II

Jonas Beste und Prof. Mark Trappmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Jonas Beste (Vortragender)

Zur Person:

Jonas Beste ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Bereich der Panelstudie „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS). Von 2002 bis 2006 studierte er Sozialwissenschaften (B.A.) an der Universität Siegen und von 2006 bis 2008 Sozialwissenschaften (M.A.) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Armuts- und Einkommensforschung sowie der Survey Methodologie.

Mark Trappmann, Prof. Dr., leitet seit 2007 den Forschungsbereich „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ und die gleichnamige Längsschnitterhebung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zudem ist er seit 2012 Professor für Soziologie, insbesondere Survey-Methodologie, an der Universität Bamberg.

Abstract:

Veränderungen in der Erwerbssituation einer Person haben eine zentrale Bedeutung für Abgänge aus dem SGB-II-Leistungsbezug. Auf der Grundlage der Panelerhebung „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS), wird in dieser Studie untersucht, welche Faktoren mit Abgängen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in eine Erwerbstätigkeit assoziiert sind. Hierbei wird ins-

besondere die Prävalenz von multiplen Vermittlungshemmnissen und deren Einfluss auf die Abgangschancen betrachtet. Zu den relevanten Arbeitsmarkthemmnissen zählen fehlende Schul- und Berufsabschlüsse, gesundheitliche Einschränkungen, geringe Deutschkenntnisse, ein höheres Lebensalter, Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen und der Langzeitbezug von Grundsicherungsleistungen. Zudem weist die Mehrheit der Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger gleich mehrere dieser Hemmnisse auf. Diese Kombination aus der hohen Prävalenz multipler Hemmnisse mit sehr geringen Abgangschancen für Personen, die viele Hemmnisse auf sich vereinen, ist eine Erklärung für die vergleichsweise geringe Dynamik im SGB II. Die Analyse lehnt sich stark an die Arbeit von Achatz und Trappmann (2011) an, erweitert diese aber an einigen Punkten aufgrund der in Folge der Verfügbarkeit von inzwischen acht Erhebungswellen besseren Datenlage.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II“.

Die komplette Präsentation steht zu einem späteren Zeitpunkt zu Verfügung.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 der Bundesagentur für Arbeit
IAB

Abgänge aus der Grundsicherung

- Nach einem Jahr gelingt etwa einem Viertel der Ausstieg (PASS)
- Dabei steht einem sehr dynamischen Segment eine große Gruppe dauerhafter Leistungsbezieher gegenüber
- Etwa zwei Drittel der erwerbsfähigen Grundsicherungsbezieher sind Langzeitleistungsbezieher (Statistik der BA 2016)
- Etwas weniger als die Hälfte der Abgänge (Personen) in sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit (PASS)
- Bei Jüngeren (U25) Übergänge in Ausbildung/ Studium.
- Bei Älteren (Ü55) Übergänge in Rente

1

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 der Bundesagentur für Arbeit
IAB

Hemmnisse bei Übergängen in bedarfsdeckende Erwerbstätigkeit

- höheres Alter (ab 51 Jahren),
- gesundheitliche Einschränkungen,
- Langzeitleistungsbezug,
- Mutter sein,
- fehlende Ausbildungsabschlüsse und
- Sprachdefizite

2

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
 der Bundesagentur für Arbeit
IAB

Kumulation von Hemmnissen bei Grundsicherungsempfängern

Anzahl der Risiken	Prozent (%)
0	~8
1	~20
2	~35
3	~27
4	~7
5 bis 6	~1

3

Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau

Prof. Uwe Blien und Dr. Katja Wolf, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Prof. Jan Mutl, EBS Universität für Wirtschaft und Recht



Prof. Uwe Blien (Vortragender)

Zu den Personen:

Uwe Blien beendete 1980 sein Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie mit dem Diplom. 1986 promovierte er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Regensburg. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Regensburg sowie am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. 1999 habilitierte er für Volkswirtschaftslehre an der Universität Kaiserslautern. 1990 begann er seine Tätigkeit für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seit 2002 ist er Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“. Seit 2008 ist er außerdem Professor an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Von 2010 bis 2014 war er erster Vorsitzender der „Gesellschaft für Regionalforschung“ (GfR), der deutschsprachigen Sektion der European Regional Science Association (ERSA). Seine aktuellen Forschungsinteressen gelten u. a. der regionalen Lohnentwicklung, der regionalen Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und den Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die regionale Beschäftigung.

Katja Wolf studierte von 1992 bis 1998 Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg (Dipl.-Volkswirtin). 1999/2000 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB im Arbeitsbereich „Statistische Analysen und regionale Arbeitsmarktfor-

schung“. In den Jahren 2002–2004 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Erlangen-Nürnberg. Seit Abschluss ihrer Promotion im März 2004 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB. Ihre aktuellen Forschungsinteressen sind u. a. Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und regionale Lohnentwicklung.

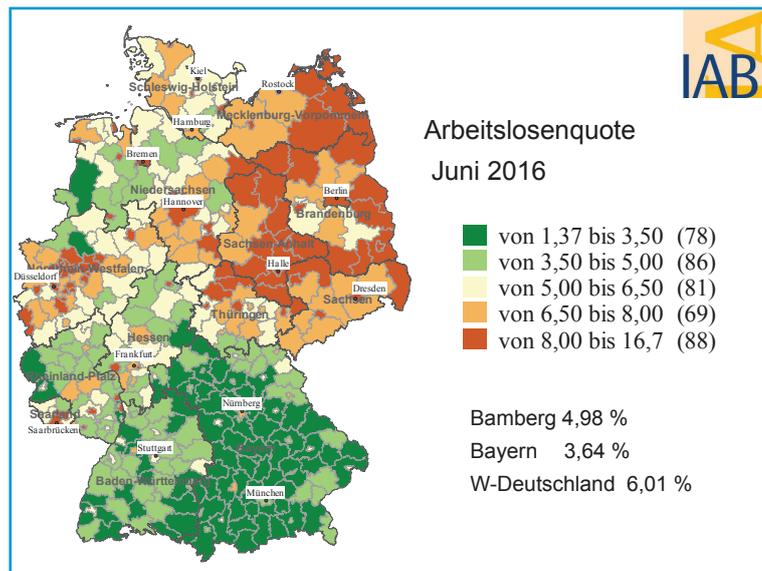
Jan Mutl, Prof. PhD, lehrt und forscht seit 2011 im Bereich Immobilienökonomie an der EBS Business School. Er ist seit Januar 2015 Leiter des Real Estate Management Institutes (REMI) der EBS Business School. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der empirischen Wirtschaftsforschung insbesondere mit Immobilienbezug, sowie in theoretischer Ökonometrie, wo er an statistischen Methoden für Raum-, Zeit- und Panel-datenmodelle arbeitet.

Abstract:

Für die regionalen Arbeitsmärkte der Bundesrepublik Deutschland sind große Lohnunterschiede maßgeblich, die bis zu 100% erreichen. Für diese Unterschiede gibt es eine Reihe von Gründen, die unter anderem mit der Qualifikations-, der Betriebsgrößen- und der Industriestruktur in Verbindung stehen. Darüber hinaus gibt es Effekte der regionalen Arbeitslosigkeit, die ebenfalls zu den regionalen Lohndifferenzen beitragen. Im Westen der Republik führt eine Verdoppelung der regionalen Arbeitslosigkeit zu 4% bis 5% weniger Lohn. Dieser Unterschied besteht fort auch bei Kontrolle (oder „Herausrechnung“) vieler individueller und betrieblicher Merkmale. Er führt dazu, dass durch Arbeitslosigkeit benachteiligte Regionen ein zweites Mal negativ betroffen werden, denn in ihnen ist auch das Lohnniveau niedriger.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/lohnk163.pdf



Zur Bedeutung eines möglichen Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Entlohnung

- Die Ansprüche der Arbeitskräfte an das Sozialprodukt werden beschränkt: „Übermäßige“ Lohnforderungen haben Arbeitslosigkeit zur Konsequenz.
- Auf regionaler Ebene sind Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ein zweites Mal durch relativ niedrige Löhne negativ betroffen.
- Dementsprechend sind die Erwerbsaussichten von Arbeitskräften in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zusätzlich durch niedrige Löhne beschränkt.
- Diese Zusammenhänge setzen Rahmenbedingungen für die Politik.

6

Schlussfolgerungen

- Die Existenz der „Lohnkurve“ ist ein wesentliches Element der sozialen Ungleichheit in Deutschland und in anderen Ländern: Zwei wesentliche Dimensionen regionaler Ungleichheit sind miteinander verknüpft.
- Reine Analysen auf der Makroebene ignorieren dieses Problem.
- Lohnanstiege werden begrenzt durch die Entstehung von Arbeitslosigkeit.

18

Konsum und Teilhabe von Älteren

Markus Holler, Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie



Markus Holler

lung der materiellen Teilhabemöglichkeiten bzw. der materiellen Teilhabe im Zeitverlauf.

Zur Person:

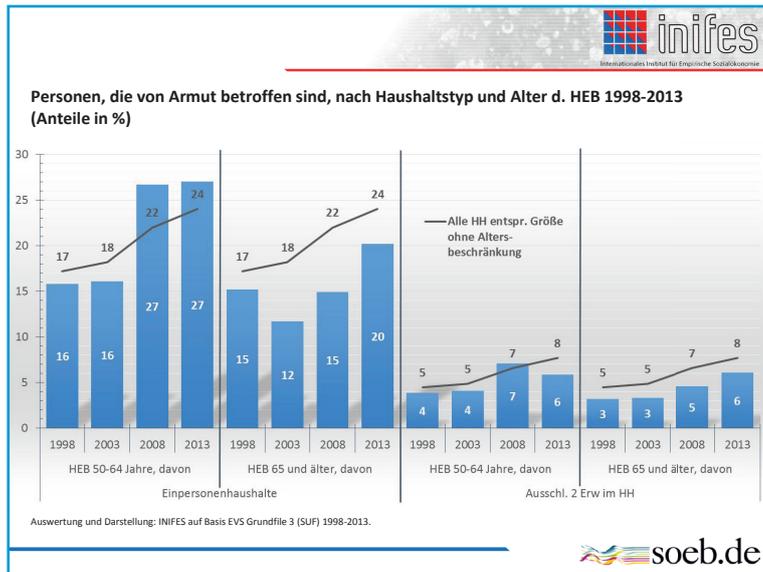
Markus Holler, M. A, studierte Soziologie und ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES). Im Rahmen seiner Tätigkeit war er an verschiedenen Projekten der Sozial- und Armutsberichterstattung beteiligt und u. a. mit der Auswertung amtlicher Mikrodaten betraut. Weitere Arbeitsgebiete von Herrn Holler sind die Themengebiete Arbeitsbedingungen und Ältere.

Abstract:

Neben Konzepten der indirekten Armutsmessung, die monetäre Ressourcen und darunter vor allem das Einkommen in den Fokus der Untersuchung stellen, sind auch das Vermögen sowie die direkte Messung der Ressourcenverwendung von Bedeutung für die Analyse von materieller Teilhabe. In einem Teilvorhaben des aktuell noch laufenden, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten dritten Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (soeb 3), wird auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes 1998–2013 die Ressourcenausstattung (Einkommen und Vermögen) und Ressourcenverwendung von Haushalten untersucht, deren Haupteinkommen von Personen ab 50 Jahren bezogen wird. Dargestellt werden Unterschiede zwischen soziodemographischen Gruppen und die Entwick-

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Konsum und Teilhabe von Älteren“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/holler_konsum_und_teilhabe_von_Älteren.pdf



Zusammenfassung 1/2

- Keine generell überdurchschnittliche Armutsquote von Älteren (aber: demografisch wachsende Gruppe)
- Ausnahme: 50-64-Jährige Einpersonenhaushalte (ab 2008)
- Altersarmut (und Armut insgesamt) ist gestiegen (v.a. 2003-2008)
 - 50-64-Jährige und ab 65-Jährige Einpersonenhaushalte mit ungünstiger Einkommensentwicklung
 - 50-64-Jährige Ein- und Zweipersonenhaushalte mit ungünstiger Vermögensentwicklung (relativ und preisbereinigt)
 - Zweipersonenhaushalte mit HEB ab 65 Jahren weniger betroffen
 - Leichte Tendenz zu abnehmender Schutzfunktion des Haushalts
- Risikogruppe Arbeitslose (50-64 Jahre)
- Risikogruppe Ruhestand im Alter 50-64 Jahre

Zusammenfassung 2/2

- Sparquoten bei ab 65-Jährigen HEB seit 2003 ↓ (zunehmendes Entsparen)
- 50-64-Jährige Einpersonenhaushalte: Konsum- u. Sparquote recht stabil, aber ungünstige Einkommensentwicklung
- 50-64-Jährige Zweipersonenhaushalte: Konsumquote ↓ Sparquote ↗
- Grundbedürfnisse und Ausgaben für soziale Teilhabe: v.a. bei 50-64-Jährigen Einpersonenhaushalten Einschränkungen der Teilhabemöglichkeiten
- Einzelne Konsumverwendungszwecke:
 - große Bedeutung der Wohnkosten
 - Arbeitslose und HEB im Ruhestand von 50-64:
 - deutliche Einschränkungen bei sozialer Teilhabe v.a. seit 2003
 - steigender Anteil v.a. bei Wohnkosten und Nahrungsmitteln v.a. seit 2003

Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter. Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiographien

PD Dr. Martin Brüssig und Lina Zink, Institut Arbeit und Qualifikation



Lina Zink (Vortragende)

Zu den Personen:

Martin Brüssig, Dipl. Soziologie, Dr. phil., Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, leitet dort die Forschungsabteilung „Arbeitsmarkt – Mobilität – Integration“. Forschungsschwerpunkte: Alterserwerbstätigkeit, Arbeitsmarktpolitik, Soziale Sicherung.

Lina Zink, M.A. Soziologie und Geschichte, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Arbeitsmarkt – Mobilität – Integration“. Forschungsschwerpunkte: Alterssicherung und Arbeitsmarktpolitik.

Abstract:

Die Rentenreformen der vergangenen beiden Jahrzehnte, der Strukturwandel auf Arbeitsmärkten und veränderte Erwerbsbiografien haben Diskussionen über die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung befördert. Die aktuellen Diskussionen berücksichtigen jedoch zu wenig, welche Versicherungsverläufe konkret zu niedrigen Rentenansprüchen geführt haben. Für die sozialpolitische Diskussion ist es aber von erheblicher Bedeutung, ob niedrige Renten etwa aufgrund von langjähriger Teilzeittätigkeit mit guten Stundenlöhnen, aufgrund langjähriger Vollzeittätigkeit im Niedriglohnbereich oder aufgrund von Einkommenslücken entstanden sind. Für die sozialwissenschaftliche Diskussion

sind Fragen zur Mobilität im Erwerbsverlauf und zur Dauerhaftigkeit von Erwerbsunterbrechungen bzw. von Phasen mit niedrigen bzw. un stetigen Erwerbseinkommen von großem Interesse.

Der Vortrag stellt Ergebnisse aus einem laufendem Projekt vor, in dem Erwerbsverläufe von Männern und Frauen mit niedrigen Altersrenten untersucht werden. Besonderes Gewicht liegt auf einer möglichst genauen Betrachtung der drei für den Rentenanspruch maßgeblichen Komponenten „Versicherungsdauer“, „Erwerbseinkommen“ und „Arbeitszeit“.

Die Ergebnisse beruhen auf einer außerordentlich reichhaltigen Datengrundlage (BASiD 2007), die der Wissenschaft seit Anfang 2012 zur Verfügung steht. Gegenüber anderen Datensätzen zeichnet sich BASiD durch ein erweitertes Merkmalspektrum hinsichtlich erwerbsverlaufsbezogener Risiken sowie durch die für Sozialdaten typische hohe Genauigkeit der erfassten Merkmale und große Fallzahl von Versicherungsverläufen aus.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter. Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiographien“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/brussig+zink_niedrige_rente_im_alter.pdf



UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Offen im Denken

IAQ

Fragen

- Projektfragen:
 - Wer ist (nicht) vor **niedrigen Renten** geschützt?
 - Was sind Determinanten von **niedrigen Renten** trotz vieljähriger Versicherung?
 - Welche Versicherungsverläufe führen in **niedrige Renten**?
- Heute:
 - Welche Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine **niedrige Altersrente** sind zu identifizieren?
 - Was ist daraus für die Verhinderung **niedriger Renten** abzuleiten?

5

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Offen im Denken

IAQ

Überlegungen zum Regressionsmodell

13

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN
Offen im Denken

IAQ

Fazit

- Der grundsätzlichen Logik der GRV folgend, sind Zeiten in der Rentenversicherung risikosenkend. Allerdings ist die Schutzwirkung einiger Zustände - vor allem von Alg II/Alh1 – nicht ausreichend.
- Die Verhinderung früher Renteneintritte durch Abschläge funktioniert bei Beziehenden (dann) niedriger Renten nicht.
- Faktoren der Erwerbstätigkeit (Arbeitszeit/Einkommen) sind wichtige Ansatzpunkte zur Verhinderung niedriger Renten, die nicht das Rentenrecht betreffen.
- Beziehende niedriger Renten sind nicht vornehmlich erwerbsferne Personen.
- Hinter niedrigen Renten stehende Rentenbiografien sind verschieden. Eine Lösung für alle ist nicht möglich.

16

Der Anstieg von Armut in Deutschland

Dr. Andreas Haupt und Prof. Gerd Nollmann, Karlsruher Institut für Technologie



Dr. Andreas Haupt



Prof. Gerd Nollmann

Zu den Personen:

Andreas Haupt, Dr. phil., geb. 1983, Studium der Soziologie, Philosophie und Linguistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2008 akademischer Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Promotion 2014 am KIT. Seit 2015 Leiter der Nachwuchsgruppe „Economic Inequality and Labor Markets“ am KIT. Forschungsschwerpunkte: Armut und Reichtum, Lohnungleichheit und Berufe, Experimentelle Spieltheorie.

Gerd Nollmann, Prof. Dr. phil., geb. 1967, Bankkaufmann, Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie 1991–1996, Promotion 1996, Lektor und Programmleiter Westdeutscher Verlag/Gabler/Deutscher Universitäts-Verlag 1996–2000, Marketing- und Vertriebsleiter Vandenhoeck & Ruprecht 2000–2001, derzeit Professor für Soziologie am Karlsruher Institut für Technologie. Forschungsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Einkommensungleichheit, Arbeits- und Finanzmarktsoziologie.

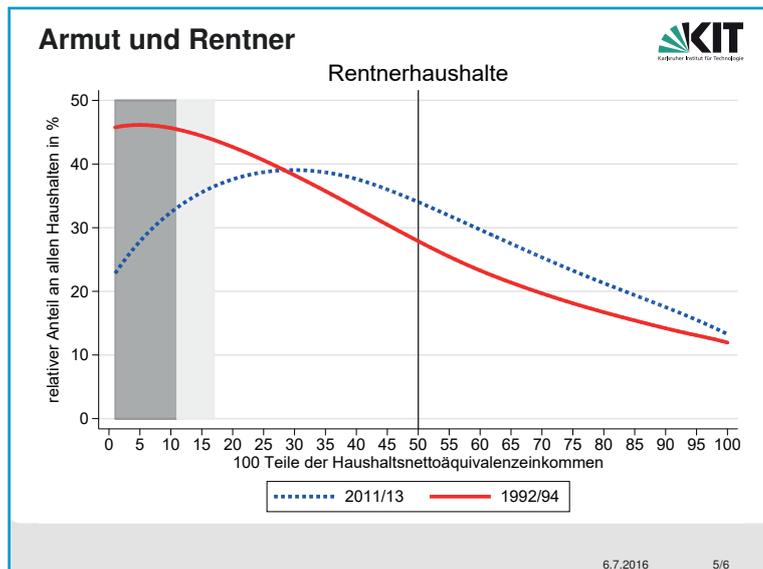
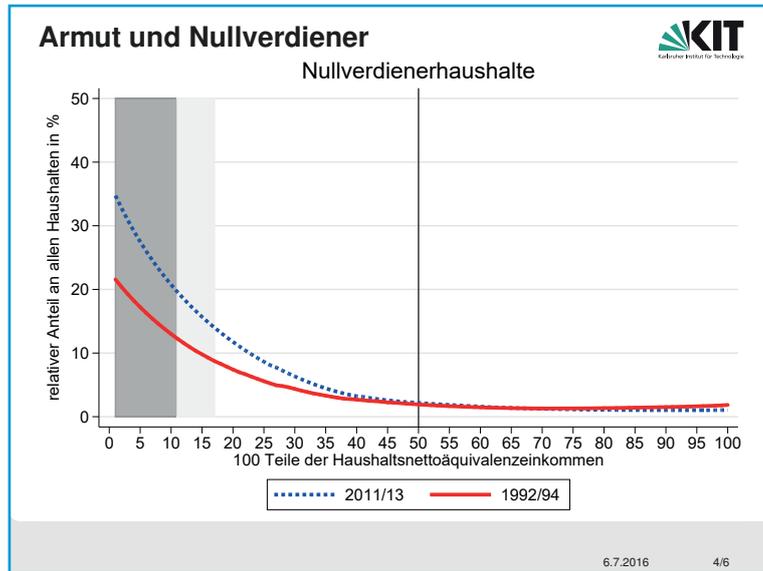
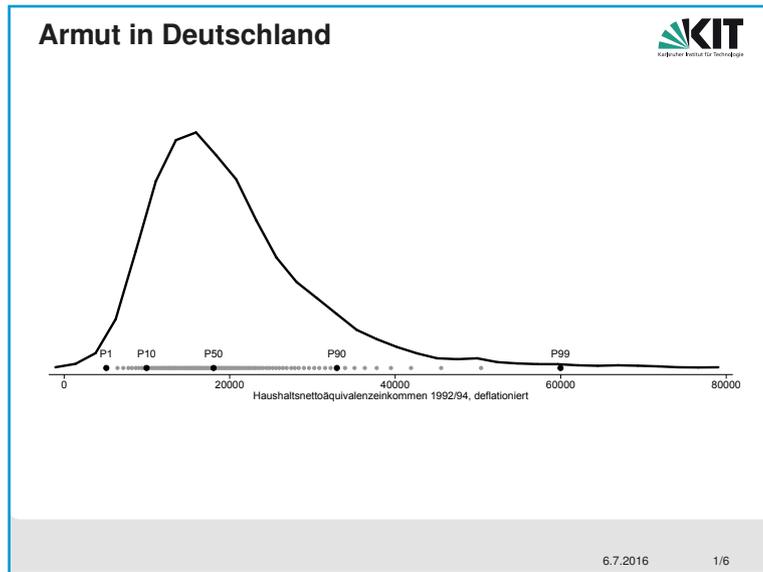
Abstract:

Seit den 1990er Jahren ist die Armutsrisikoquote in Deutschland deutlich gestiegen. Wir diskutieren, wie dieser Anstieg erklärt werden kann, und zeigen, dass die Erklärung erhöhter Armutsrisikoquoten Veränderungen ökonomischer Lagen und veränderte Populationshäufigkeiten von Haushalts-

typen simultan betrachten muss. Die Dekomposition unbedingter Quantilregressionen ist dafür ein geeignetes Instrument. Auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels werden Hypothesen zum Einfluss von Arbeitsmarkt, Demografie und öffentlichen Umverteilungen geprüft. Hinter dem jüngsten Anstieg der Armutsrisikoquote verbergen sich überlagernde Prozesse. Während die Verschärfung des Armutsrisikos ganz überwiegend dem Arbeitsmarkt zuzurechnen ist, haben Rentenpolitik und demografische Faktoren die Armutsrisikoquote markant gedämpft. Öffentliche Umverteilungen weisen insgesamt einen überraschend geringen Einfluss auf die Armutsrisikoquote auf.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Der Anstieg von Armut in
Deutschland“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
haupt+nollmann_anstieg_von_
armut_in_deutschland.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/haupt+nollmann_anstieg_von_armut_in_deutschland.pdf)



Irrwege aus der Armut

Prof. Christoph Butterwegge, Universität zu Köln



Prof. Christoph Butterwegge

Zur Person:

Christoph Butterwegge, Prof. Dr. rer. pol., lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Sozialstaatsentwicklung und Armut; Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt; Migrations- und Integrationspolitik. Jüngste Buchveröffentlichungen: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 5. Aufl. Wiesbaden 2014; Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2015; Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition, Wiesbaden 2016

Abstract:

Heftig umstritten ist nicht bloß, was Armut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik bedeutet, sondern auch, mit welchen Maßnahmen ihr am effektivsten zu begegnen wäre. In der (Medien-)Öffentlichkeit gelten Arbeit und Bildung als die beiden am ehesten geeigneten Mittel, um die Armut zu verringern und deren Neuentstehung zu verhindern. Davon kündeten Slogans wie „Sozial ist, was Arbeit schafft“ oder „Aufstieg durch Bildung“, die fast über alle Parteigrenzen hinweg auf breite Zustimmung stoßen und den politischen Umgang mit Armut hierzulande entscheidend bestimmen. Als mögliche Ergänzung des bestehenden Sozialstaates, wenn nicht als Ersatz für diesen wird oft das bedingungslose Grundeinkommen genannt,

von dem sich seine Befürworter eine auskömmliche Existenz für alle Gesellschaftsmitglieder versprechen.

Alle drei Strategien der Armutsbekämpfung hält der Referent für Irrwege: erstens die Vorstellung, über einen „aktivierenden Sozialstaat“ mehr Beschäftigung erreichen und so die Armut der Erwerbslosen beseitigen zu können; zweitens das sehr populäre Konzept, den Armen durch Errichtung einer „Bildungsrepublik“ bessere Aufstiegschancen zu eröffnen; drittens die ebenso alte wie aktuelle, wenngleich eher utopisch anmutende Idee, die Armut mit Hilfe eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das allen Wohnbürger(inne)n unabhängig von ihrer materiellen Situation gezahlt wird, aus der Welt schaffen zu können.



In seinem Vortrag beschreibt Prof. Dr. Butterwege drei Strategien der Armutsbekämpfung. Alle drei Strategien hält er für Irrwege, so auch die Strategie, mit Hilfe des „Bedingungslosen Grundeinkommens“ die Armut aus der Welt schaffen zu können. Worum es sich beim „Bedingungslosen Grundeinkommen“ handelt, beschreiben nachfolgende Erklärungen:

Bedingungsloses Grundeinkommen

Kurzerklärung

Nach der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens erhalten erwachsene oder auch minderjährige Mitglieder einer politischen, funktionalen oder ideellen Gemeinschaft einen festgelegten finanziellen Betrag, ohne Pflicht zur Rückzahlung und ohne direkte Gegenleistung.

Ausführliche Erklärung

1. Allgemein:

Nach der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens erhalten erwachsene oder auch minderjährige Mitglieder einer politischen, funktionalen oder ideellen Gemeinschaft einen festgelegten finanziellen Betrag, ohne Pflicht zur Rückzahlung und ohne direkte Gegenleistung. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Kindergeld fallen i. d. R. weg. Eine alternative Idee ist das bedingungslose Grundeigentum, nach der jeder Mensch ein Grundstück oder ein Gebäude überignet bekommt.

2. Ziele und Beispiele:

Das bedingungslose Grundeinkommen soll den Lebensunterhalt der Mitglieder der Gemeinschaft sichern. Gerade in Zeiten zunehmender Automatisierung und Autonomisierung als Effekte der Digitalisierung, wie sie in der Industrie 4.0 entstehen, sind radikale bzw. innovative Ansätze gefragt. Solidarisches Bürgergeld (Thomas Straubhaar) und Transfergrenzenmodell bzw. Ulmer Modell (Helmut Pelzer) sind bekannte Beispiele dafür. Sie streben nicht zuletzt die Umformung und Vereinfachung des Steuersystems an. Die Sharing Economy scheint ebenfalls eine Antwort auf die Umwälzungen zu sein, bedient aber in erster Linie den „Plattform-Kapitalismus“ (Sascha Lobo).

3. Kritik und Ausblick:

Vorteile beim bedingungslosen Grundeinkommen sind Unabhängigkeit von Organisationen und Personen, Freiheit in der Lebensgestaltung und Sorglosigkeit bei der Existenzsicherung. Die Motivation zur Wertschöpfung nimmt zu, Kreativität kann entdeckt und ausgelebt, Lebenszeit für eigene Interessen genutzt werden. Dem Stellenabbau in einer von Agenten und Robotern bestimmten Arbeitswelt wird ein Grundversorgungssystem entgegengesetzt, das nicht nur die direkt Betroffenen entlastet. Ein Nachteil ist die scheinbare Ungerechtigkeit durch gleichmäßige Ausschüttung. Manche mögen auch kein Interesse daran zeigen, einer Beschäftigung nachzugehen, und von einem unstrukturierten Alltag überfordert sein. Zur Einordnung und Beurteilung der Auswirkungen sind Politik- und Wirtschaftsethik gefragt.

Literaturhinweis

Häni, D./Kovc, P.: Was fehlt, wenn alles da ist?: Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt, Zürich, 2015.

Quelle: Springer Gabler Verlag (Herausgeber), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Bedingungsloses Grundeinkommen, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/-2046180806/bedingungsloses-grundeinkommen-v2.html>

Bestimmung des Regelbedarfs: Vorgehensweise und methodische Kritik

Jürgen Wiemers, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Jürgen Wiemers

Zur Person:

Jürgen Wiemers studierte von 1991 bis 1997 Volkswirtschaftslehre an der Universität Paderborn. Von 1997 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl „Ökonometrie und Statistik“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im Anschluss war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) tätig. Seit Oktober 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Abstract:

Entscheidungen über die Höhe der Sozialleistungen nach dem SGB II und XII – auch als Regelbedarfe bezeichnet – sind grundsätzlich normativ geprägt. Die Frage, welche Höhe der Regelbedarfe angemessen ist, kann daher letztlich nur im politischen Raum entschieden werden. Das Verfahren zur Bestimmung der Regelbedarfe ist allerdings einer methodischen Betrachtung zugänglich. Der Vortrag beschreibt zunächst das derzeit verwendete Verfahren zur Regelbedarfsermittlung, das als Statistikmodell mit Warenkorb-Elementen charakterisiert werden kann. Im Anschluss daran werden die Möglichkeiten und Grenzen der Regelbedarfsermittlung im Rahmen des Statistikmodells sowie Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung des Modells diskutiert.

Ausgewählte Folien zum Vortrag
„Bestimmung des Regelbedarfs:
Vorgehensweise und metho-
dische Kritik“.

Die komplette Präsentation
finden Sie unter
[www.statistik.bayern.de/
medien/wichtigethemen/
wiemers_regelbedarfe.pdf](http://www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/wiemers_regelbedarfe.pdf)



Hintergrund 

- Ermittlung der Regelbedarfe für Leistungen nach dem SGB II/SGB XII war in den letzten Jahren heftig umstrittenes Thema
 - Angemessene Höhe der Regelleistungen für Erwachsene und Kinder?
 - Ausgestaltung der Methode der Regelbedarfsermittlung
- Urteil des BVerfG im Jahr 2010
 - Höhe der Regelleistungen zwar „nicht evident unzureichend“
 - Aber: Methodik in einigen Punkten verfassungswidrig
 - Forderung nach einer konsistenten, transparenten und bedarfsgerechten Regelbedarfsermittlung
 - Gesetzreform: Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz (RBEG, 1.1.2011)

Hintergrund
2

Das „Statistikmodell“ der Bedarfsermittlung 

- Grundannahme des Statistikmodells: Tatsächliche mittlere Ausgaben unterer Einkommensgruppen spiegeln soziokulturelles Existenzminimum wider
 - Glaubwürdigkeit der Annahme hängt von der Wahl der Referenzgruppe ab
- Vorteile des Statistikmodells im Vergleich zum Warenkorbmodell
 - Vergleichsweise wenige normative Setzungen
 - Automatische Anpassung an veränderte Konsumstrukturen

⇒ Führt zu überzogenen Erwartungen daran, was das Statistikmodell leisten kann. Der Regelbedarf auf Basis eines Statistikmodells beruht letztlich ebenfalls auf normativen Setzungen

Das „Statistikmodell“ der Bedarfsermittlung
4

Fazit 

- Im Kern ist die Ermittlung der Regelbedarfe eine Sache normativer Entscheidungen; die Verwendung des „Statistikmodells“ (im Gegensatz zum „Warenkorbmodell“) ändert daran nichts
- Statistische Analysen können den politischen Streit um die angemessene Höhe des Regelbedarfs nicht ersetzen. Sie können ihn bestenfalls versachlichen
- Statistische Analysen können zu einer höheren Konsistenz des Statistikmodells beitragen (Beispiel: Verteilungsschlüssel, Dudel et al. 2014)

Fazit
18

Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse

Bernhard Christoph, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung



Bernhard Christoph

Zur Person:

Nach seinem Abschluss in Sozialwissenschaften an der HU-Berlin war Bernhard Christoph zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA, heute Gesis) und dem Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES). Seit Mitte 2006 ist er am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg beschäftigt. Dort ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich E1 „Bildungs- und Erwerbsverläufe“ sowie Leiter der Arbeitsgruppe Berufsforschung. Er arbeitet u. a. zu beruflichen Tätigkeitsinhalten, Armutsmessung sowie erhebungsmethodologischen Fragestellungen.

Abstract:

Die Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB-II gehören sicherlich zu den Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik, die in besonderer Weise von Einschränkungen ihrer materiellen Lebensbedingungen betroffen sind. Allerdings dürften insgesamt betrachtet die aus Einkommensunterschieden resultierenden Differenzen in den materiellen Lebensbedingungen der Leistungsempfänger relativ überschaubar und zu nicht unerheblichen Teilen aus den gesetzlichen Regelungen abzuleiten sein. Neben Einkommensdifferenzen die sich aufgrund unterschiedlicher Haushaltsgrößen bzw. Strukturen ergeben, sollte das Einkommen der Leistungs-

empfänger lediglich aufgrund gesetzlich klar definierter Sachverhalte variieren, wie beispielsweise wegen erhöhter Bedarfe (z.B. bei Alleinerziehenden), durch den Erhalt von Aufwandsentschädigungen (z.B. im Rahmen von sogenannten „1-Euro-Jobs“) oder durch sonstige Zuverdienste (im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Freibeträge). Andere ebenfalls lebensstandardrelevante Aspekte werden hingegen aus der Einkommensperspektive nicht oder nur unzureichend erfasst: hierzu gehören z. B. Unterschiede in der Konsumgüterausstattung zu Beginn des Leistungsbezugs. Diese sind nicht zuletzt deshalb von Relevanz, weil eventuell notwendige Ersatzanschaffungen langlebiger Konsumgüter während des Leistungsbezugs nicht unproblematisch sein können. Ein weiterer für den Lebensstandard nicht unerheblicher Faktor dürfte sein, ob bzw. in welchem Umfang die Betroffenen noch über Schonvermögen oder andere Ressourcen (wie z. B. Unterstützungsleistungen durch Verwandte) verfügen, die zumindest temporär zu einer Verbesserung ihres Lebensstandards beitragen können.

Aus allen diesen Gründen dürfte eine nicht einkommensbasierte Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen von SGB-II-Leistungsempfängern ein nicht unerhebliches analytisches Potential aufweisen. Am Anfang der Präsentation wird es daher zunächst um unterschiedliche Ansätze zur Erfassung materieller Lebensbedingungen und darauf aufbauende Möglichkeiten zur Armutdefinition gehen.

Die anschließenden empirischen Analysen stellen dann Beispiele für die Anwendung der zuvor besprochenen Ansätze dar. Dabei werden die materiellen Lebensbedingungen der SGB-II-Leistungsempfänger zunächst mit Daten der IAB-Studie Panel ‚Arbeitsmarkt und soziale Sicherung‘ (PASS) anhand des sogenannten Deprivationsansatzes (vgl. z. B. Townsend 1979; Mack/Lansley 1985; Andreß/Lipsmeier 1995, 2001; Lipsmeier 1999) untersucht, der die materielle Lage über die Verfügbarkeit bzw. die Nicht-Verfügbarkeit un-

terschiedlicher Güter operationalisiert.

Eine weitere Möglichkeit zur Erfassung der materiellen Lebensbedingungen ist die Untersuchung von Konsumausgaben (vgl. z.B. Meyer/Sullivan 2003, 2011; Noll 2007). Daher werden im zweiten Teil der empirischen Analysen die Ausgaben und Ausgabenstrukturen der SGB-II-Leistungsempfänger mithilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des statistischen Bundesamtes untersucht, bevor im abschließenden Fazit nochmals zusammenfassend die Relevanz nicht einkommensbasierter Lebensstandard- und Armutsmaße für die Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II herausgearbeitet wird.

Ausgewählte Folien zum Vortrag „Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse“.

Die komplette Präsentation finden Sie unter www.statistik.bayern.de/medien/wichtigethemen/christoph_sgb_ii_leistungsempfänger.pdf



Zur empirischen Erfassung von materiellen Lebensbedingungen und Armut: Ansätze und Konzepte

- 1. Erfassung der materiellen Lebensbedingungen** → Messung der Dimension der materiellen Lebensbedingungen, welche es erlaubt, die untersuchten Personen im Sinne eines ‚Weniger‘ oder ‚Mehr‘ anzuordnen.
- 2. Definition der Armutsschwelle** → Eine Methode finden, innerhalb der entstehenden Reihung zwischen Armen und Nicht-Armen zu unterscheiden.
- 3. Konstruktion eines Armutsindex** → Konstruktion eines Index als Armutsmaß, das die Informationen der vorherigen Schritte in geeigneter Weise zusammenfasst.

Quelle: eigene Darstellung nach Sen (1976); Townsend (1979)

Vergleich des Lebensstandards zwischen Leistungsempfängern und übriger Bevölkerung

Kategorie	ALG2 %	Kein ALG2 %
Wohnung (5 Items)	5,3	0,6
Nahrung und Kleidung (3 Items)	12,5	1,6
Konsumgüter (5 Items)	14,7	2,1
Finanzen (6 Items)	35,2	7,7
Soz. und kult. Teilhabe (4 Items)	49,6	11,2
Gesamt, ungewichtet (23 Items)	23,8	4,7
Gesamt, gewichtet (10,59 Items)	13,2	2,2
Grundversorgung (8 Items)	3,4	0,3

Anmerkung: Alle Angaben in Prozent der im jeweiligen Index insgesamt enthaltenen Items, die der jeweiligen Gruppe fehlen

Zusammenfassung und Fazit

- Eine Stärke von Deprivations- und Konsummaßen ist es, dass man mit Ihnen auch analysieren kann, in welchen Lebensbereichen sich materielle Einschränkungen besonders niederschlagen. Dies wäre auf Basis von Einkommensanalysen nicht möglich.
- Dabei kommt man mit beiden Maßen zu einem vergleichbaren Ergebnis: die Leistungen des SGB II reichen aus, um den grundlegenden Bedarf der Leistungsempfänger abzudecken. Im Bereich der kulturellen und sozialen Teilhabe gibt es jedoch deutliche Einschränkungen.
- Ein solches inhaltlich gleichlautendes Ergebnis auf Basis komplett unterschiedlicher Methoden und bei Verwendung verschiedener Datensätze zu erhalten ist ungewöhnlich und unterstützt die Plausibilität der Ergebnisse.
- Darüber hinaus haben die konsumbasierten Analysen gezeigt, dass schon geringe Verbesserungen auf der Ressourcenseite (z.B. Aufstocker, Mehrbedarfszuschläge) zu einer deutlichen Verbesserung auf der Ausgabenseite und damit zu einer Reduzierung des Armutsrisikos führen.
- Andererseits sind insbesondere Leistungsempfänger ohne Zugriff auf weitere Ressourcen (Einkünfte wie auch Ersparnisse) einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt.
- Insgesamt kann man also auf Basis dieser Ergebnisse durchaus diskutieren, ob es mithilfe der Grundsicherungsleistungen gelingt, den Auftrag des SGB II einzulösen, über den Regelbedarf neben den grundlegenden Bedürfnissen der Leistungsempfänger auch „in vertretbarem Umfang“ ihre „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft“ zu gewährleisten (vgl. § 20, Abs. 1 SGB II).

Impressionen von den StatistikTagen Bamberg|Fürth 2016





